

Psychische Erkrankungen führen häufig in eine Armutsspirale

Aktueller Armutsbericht des Paritätischen zeigt erstmals die Zusammenhänge zwischen psychischen Erkrankungen und Verlust von Teilhabe auf

Zwischen der persönlichen wirtschaftlichen Situation und dem individuellen Gesundheitszustand gibt es längst bekannte Zusammenhänge. Dass Armut auch krank machen kann, ist inzwischen weitgehend unbestritten. Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands widmet sich nun erstmals ausführlich der speziellen Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Hierbei zeigt sich: Die Beziehung zwischen materieller Lage und Gesundheitszustand ist gerade bei diesem Personenkreis wechselseitig. Finanzielle Probleme können psychisch sehr belastend sein. Umgekehrt gilt für psychische wie für andere Erkrankungen, dass sie insbesondere bei längerer Dauer zum Verlust des Arbeitsplatzes und damit einhergehend zu gravierenden materiellen Einschränkungen führen können. Gerade für Menschen mit psychischen Erkrankungen kommt aber ein weiterer Faktor hinzu: Sie sind überdurchschnittlich vom Verlust sozialer Beziehungen und Kontakte und von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen. Neben den rein finanziellen Folgen führt dies dazu, dass die Teilhabemöglichkeiten massiv beschnitten werden.

Der Verlust beruflicher und sozialer Kontakte erhöht das Risiko für die Betroffenen, in eine Armutsspirale zu geraten. Der Armutsbericht benennt die Ursachen hierfür: Eine immer noch verbreitete Tabuisierung psychischer Erkrankungen und damit verbundene Ängste spielen ebenso eine Rolle wie der häufig mit solchen Krankheiten einhergehende Verlust sozialer Fähigkeiten, die in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert genießen: Das Einhalten von Terminen, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, oder auch das Aus- und Durchhalten gemeinschaftlicher Aktivitäten über längere Zeiträume.

Die finanziellen Auswirkungen treffen dabei nicht nur die individuell betroffenen Personen, sondern führen gesamtgesellschaftlich zu enormen Kosten: „Psychische Erkrankungen lagen 2016 mit einem Anteil von rund 16,2 Prozent hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Krankenstand an dritter Stelle“, heißt es im Armutsbericht. Knapp 17 Prozent aller beruflichen Fehltage entfielen auf Depressionen, Angststörungen und andere psychische Leiden, die zudem seit Jahren die höchsten Steigerungsraten im Vergleich mit anderen Krankheiten aufweisen. Die dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Gesamtkrankheitskosten wurden bereits für das Jahr 2008 auf mehr als 28 Milliarden Euro beziffert.

Der Armutsbericht belässt es aber nicht bei einer Zustandsbeschreibung. Vielmehr enthält er auch eindeutige Forderungen, wie der besonderen Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen begegnet werden sollte. Derzeit sei das System von Reha- und Integrationsmaßnahmen zu starr und intransparent. Die Versorgung von psychisch erkrankten berufstätigen Personen müsse insgesamt verbessert werden, um die Wiedereingliederung zu erleichtern, schreiben die Autoren. „Es braucht eine nahtlose und/oder ineinandergreifende Verzahnung medizinischer und beruflicher Leistungen. Präventive und frühzeitige Interventionen müssen verstärkt werden, um einen langwierigen Krankheitsprozess zu vermeiden.“ Zudem müssten die Behandlungs- und Begleitungsangebote auch die „familiären und sozialen Bezugssysteme im Blick behalten und einbeziehen“. Flankierend sollte die gesellschaftliche Sensibilisierung für psychische Erkrankungen verstärkt und damit die Entstigmatisierung der Betroffenen gefördert werden, schreiben die Autoren.

Diese Forderungen entsprechen den seit langem von der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V. vertretenen Positionen¹. Voraussetzung für deren Umsetzung ist ein bedarfsgerechter und sektorenübergreifender Ausbau der psychotherapeutischen Präventions- und Behandlungsangebote. Die DGVT und ihr Berufsverband Psychosoziale Berufe (DGVT-BV) begrüßen ausdrücklich, dass die Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Armutsbericht nun die angemessene Beachtung erhält. DGVT und DGVT-BV schließen sich den Schlussfolgerungen des Berichts an.

Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V.

Tübingen, 8. März 2017

¹ Die DGVT ist Mitglied im Paritätischen Gesamtverband und arbeitet im AK Soziale Psychiatrie mit. Sie unterstützt auch den Kongress „Umsteuern: Armut stoppen – Zukunft schaffen“ am 27./28.6.2017 in Berlin, der vom Paritätischen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Nationalen Armutskonferenz durchgeführt wird.